

#PRESSEMITTEILUNG 15. Januar 2020

# Mehr Geld für die Schiene auch ein Erfolg engagierter Eisenbahnerinnen und Eisenbahner

Der Vorsitzende der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), Torsten Westphal, hat die Unterzeichnung der neuen Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV III) zwischen Bundesregierung und Deutscher Bahn als notwendigen und richtigen ersten Schritt für eine robuste und zuverlässige Eisenbahninfrastruktur bezeichnet.

Zugleich wies er darauf hin, dass es eine Zeit dauern werde, bis deutliche Verbesserungen spürbar würden. Die zur Verfügung stehenden Mittel müssten erst einmal verbaut werden. Niemand könne erwarten, dass die Mängel einer jahrzehntelang vernachlässigten Infrastruktur-Politik innerhalb von Monaten behoben werden könnten.

„Dass in den nächsten Jahren kräftig in die Bestandsinfrastruktur investiert wird, ist auch ein Erfolg vieler Kolleginnen und Kollegen, die hierfür an der Seite der EVG im Rahmen der Kampagne ‚Mehr Bahn für die Menschen‘ gekämpft haben“, machte er deutlich.

Damit die ökologische Verkehrswende realisiert werden könne, sei es jedoch notwendig, in den kommenden Jahren einen weiteren Mittelhochlauf sicherzustellen. Dies sei erforderlich, um den Verkehrsträger Schiene zukunftsfest zu machen, erklärte der EVG-Vorsitzende. Das gelte für den weiteren Abbau des Investitionsrückstaus im vorhandenen Netz gleichermaßen wie für den Aus- und Neubau von Strecken.

„Die Deutsche Bahn steht nun vor einer Mammutaufgabe bei der Umsetzung der geschlossenen Vereinbarung. Diese kann nur mit ausreichenden, gut qualifizierten Beschäftigten erfolgreich gelingen“, sagte Torsten Westphal.

Dazu gelte es den eingeschlagenen Weg der Personaleinstellung und Ausbildung konsequent fortzusetzen.

Darüber hinaus fordere die EVG einen Gesamtplan für das Verkehrssystem Schiene in Deutschland. Dieser müsse auch eine nachhaltige Finanzierung beinhalten. „Für den Verkehrsträger Schiene brauchen wir einen Schienenfonds, in dem die notwendigen Mittel zusammengefasst und Investitionen gesteuert werden. Das wäre eine innovative Maßnahme für eine innovative Verkehrspolitik“, so der EVG-Vorsitzende.